

103210-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros – Werkstattplanung (LPH 5 - 9) für die Errichtung des Neubaus eines Werkstattgebäudes an der Zuckerfabrik 21 in 70736 Stuttgart Bad Cannstatt

OJ S 30/2026 12/02/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: ProWST Projektgesellschaft Württembergische Staatstheater Stuttgart GmbH

E-Mail: kontakt@prowst.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Werkstattplanung (LPH 5 - 9) für die Errichtung des Neubaus eines Werkstattgebäudes an der Zuckerfabrik 21 in 70736 Stuttgart Bad Cannstatt

Beschreibung: Der Auftraggeber beabsichtigt die Sanierung, Modernisierung und bauliche Erweiterung des denkmalgeschützten Opernhauses am Oberen Schlossgarten in Stuttgart.

Gegenstand des Verfahrens ist die Vergabe von Planungsleistungen der LPH 5 - 9 HOAI für den Neubau eines Werkstattgebäudes an der Zuckerfabrik 21 in 70736 Stuttgart Bad Cannstatt.

Kennung des Verfahrens: bd79bc21-d75b-44d4-8095-4ff0de6c4294

Interne Kennung: ProWST_02

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: ja

Begründung des beschleunigten Verfahrens: Der Auftraggeber teilt mit, dass er die Teilnahmefrist aufgrund von Dringlichkeit gemäß § 17 Abs. 3 VgV auf 15 Tage verkürzt hat.

Darüber hinaus wird der Auftraggeber die Angebotsfrist gem. § 17 Abs. 8 VgV verkürzen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Stuttgart

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4YVCMBP0# Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Der Auftraggeber wird zur Auswahl der

Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften in 3 Stufen vorgehen: 1.) Formelle Prüfung des Teilnahmeantrags; 2.) Materielle Prüfung der Eignung des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft anhand der in der Bekanntmachung genannten Eignungsanforderungen; 3.) Auswahl der Bewerber, die die Eignungskriterien am besten erfüllen: Der Auftraggeber wird zur Abgabe eines Angebotes die Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften auffordern, die die Eignungsanforderungen am besten erfüllen (Ranking). Er behält sich vor, nur die 3 besten Bewerber aufzufordern, auch wenn mehr Bewerber die Eignungsanforderungen erfüllen. Bei Ermittlung des Rankings wird der Auftraggeber wie folgt vorgehen: Der Auftraggeber bewertet die technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Fachkunde) der Bewerber. Maßgeblich sind die unter Ziffer 5.1.9 (Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen) genannten Angaben und Nachweise. Die Bewertung erfolgt in einem relativen Vergleich der Bewerber miteinander. Dabei gilt: Je mehr und besser mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Referenzen, desto mehr Punkte erhält der Bewerber. Die Vergleichbarkeit richtet sich nach den in Ziffer 5.1.9 genannten Merkmalen /Besonderheiten. Von Vorteil ist dabei, wenn eine Referenz möglichst viele der genannten Merkmale/Besonderheiten umfasst. Hierbei handelt es sich um Auswahl-, nicht um Zuschlagskriterien.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Betrug: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Werkstattplanung (LPH 5 - 9) für die Errichtung des Neubaus eines Werkstattgebäudes an der Zuckerfabrik 21 in 70736 Stuttgart Bad Cannstatt

Beschreibung: Die Württembergischen Staatstheater Stuttgart sind das größte Dreispartenhaus der Welt und zählen zu den bedeutendsten Kultureinrichtungen Baden-Württembergs und der Landeshauptstadt Stuttgart. Mit der Staatsoper Stuttgart, einem der führenden Opernhäuser Europas, und dem international renommierten Stuttgarter Ballett besitzen sie eine herausragende kulturelle Stellung. Die Sanierung, Modernisierung und Erweiterung des Opernhauses stellen daher ein Projekt von großer kultur-, gesellschaftspolitischer und städtebaulicher Bedeutung dar. Im Rahmen der Sanierung und Erweiterung des Hauptstandorts des Württembergischen Staatstheaters am Oberen Schlossgarten 6, Stuttgart, sollen die bisher zentral verorteten Dekorationswerkstätten an den Standort Zuckerfabrik 21, Stuttgart Bad Cannstatt ausgelagert werden. Der neue Standort der Dekorationswerkstätten befindet sich nord-östlich des Stadtzentrums Stuttgarts im Stadtteil Bad Cannstatt / Hallschlag. Das unmittelbare Umfeld des Grundstücks ist durch eine Gewerbenutzung geprägt. Der Neubau der Zuckerfabrik grenzt direkt an das bereits bestehende Kulissenlager / Zentrallager (ZL) der WST an. Der Neubau vereint sämtliche Abteilungen der Dekorationswerkstätten der WST, die für die vollständige Produktion eines Bühnenbilds erforderlich sind. Sowohl administrative als auch produzierende Tätigkeiten. Im Wesentlichen handelt es sich um folgende Funktionsbereiche: Leitung Dekorationswerkstätten, Produktionsplanung Werkstätten, Bühnenbild, Schlosserei, Schreinerei, Lackiererei, Malsaal, Plastiker, Nähsaal, Dekorationsabteilung, Montagehalle, Elektrowerkstatt. In den neu geplanten Dekorationswerkstätten werden künftig insgesamt 85 Mitarbeitende der WST ihren festen Arbeitsort finden. Flächen und Rauminhalt: - Bruttogrundfläche [BGF]: 17.244 m² - Außenanlagenfläche [AF]: 2.615 m² - Grundstück [GF]: 8.747 m² In den meisten Werkstätten wird eine lichte Höhe von 5,00 m gefordert. Besonders hohe Werkstattbereiche von 12,50 m werden in Teilbereichen des Malsaals und Nähsaals, sowie für die gesamte Montagehalle umgesetzt. Für das Bauvorhaben Neubau Dekorationswerkstätten soll ab der LPH 5 bis LPH 9 die bisher von einer Werkstattberatung begleitete Planung durch eine Werkstattplanung nach dem Leistungsbild der HOAI, Teil 4 Fachplanung, Abschnitt 2, Anlagengruppe 7, auf Grundlage der bisher erarbeiteten Entwurfsplanung weitergeführt werden. Die LPH 3 wird im 1. Quartal 2026 abgeschlossen.

Der Auftraggeber beabsichtigt, die Planungsleistungen stufenweise zu beauftragen und mit Vertragsschluss zunächst die LPH 5 und 6 abzurufen. Die Beauftragung weiterer Leistungen erfolgt optional.

Interne Kennung: ProWST_02

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Stuttgart

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 57 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftraggeber ist berechtigt, den Auftrag je nach Projektfortschritt zu verlängern.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch

geeignet für:selbst# 1. Bewerber werden gebeten, Rückfragen zum Teilnahmeantrag

ausschließlich über die in Ziffer 5.1.11. genannte Website einzureichen. Der Auftraggeber wird

alle Fragen und Antworten auf der in Ziffer 5.1.11. genannten Website anonymisiert zur

Verfügung stellen. Bewerbungen für Teilleistungen sind nicht möglich. Fragen können bis 7

Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist gestellt werden. 2. Der Auftraggeber teilt mit, dass

er die Teilnahmefrist aufgrund von Dringlichkeit gemäß § 17 Abs. 3 VgV auf 15 Tage verkürzt

hat. 3. Ausreichend ist die Abgabe des Teilnahmeantrages in Textform (§ 126b BGB) über das

in Ziffer 5.1.11. genannte Vergabeportal. Nähere Informationen stehen auf der Startseite des

in Ziffer 5.1.11. genannten Vergabeportals zur Verfügung. Zur Formwahrung muss die

Teilnahmeerklärung die Firma des Bewerbers / des bevollmächtigten

Bewerbergemeinschaftsmitglieds ausweisen. Eine Unterschrift oder Signatur ist nicht

erforderlich. Bewerber werden gebeten, im Teilnahmeantrag einen Ansprechpartner mit

Namen, Adresse, E-Mail, Telefon- und Faxnummer zu benennen. Die gesamte

Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bewerbern findet ausschließlich über das in Ziffer

5.1.11. genannte Vergabeportal statt. Der Auftraggeber wird alle Fragen und Antworten auf

dem in Ziffer 5.1.11. genannten Vergabeportal anonymisiert zur Verfügung stellen. 4.

Mehrfachbewerbungen als Einzelbewerber sowie als Mitglied einer / mehrerer

Bewerbergemeinschaften (BG) sind nicht zulässig. Soweit mehrere Unternehmen im Rahmen

der Vergabe miteinander kooperieren (z. B. über ein gemeinsames Tochterunternehmen, als

Nachunternehmer oder im Rahmen einer BG), behält sich der Auftraggeber vor, Nachweise

dafür zu fordern, dass die Kooperation als Ganzes sowie die Teilnahme der einzelnen

Unternehmen an der Kooperation zulässig ist, insbesondere keine unzulässige

wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen wurde. Für jeden Teilnehmer der Kooperation wäre dann zu begründen, inwieweit sein Entschluss zur Teilnahme an der Kooperation eine im Rahmen von zweckmäßigen und kaufmännisch vernünftigen Handelns liegende Entscheidung ist, z. B. weil der jeweilige Teilnehmer zur Zeit der Bildung der Kooperation überhaupt nicht oder jedenfalls zu dieser Zeit nicht über die erforderliche Kapazität zur Durchführung des hier ausgeschriebenen Auftrages verfügt oder aus anderen Gründen erst die Kooperation den jeweiligen Teilnehmer in die Lage versetzt, ein erfolgversprechendes Angebot abzugeben. 5. Die Bildung von BG ist bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages möglich. Die Angaben zur Zusammensetzung der BG sind grundsätzlich bindend. Ein Austausch einzelner Mitglieder der BG vor Auftragsvergabe bedarf der Zustimmung des Auftraggebers. Die Abgabe von Angeboten durch BG ist nur bei gesamtschuldnerischer Haftung mit bevollmächtigtem Vertreter möglich. Hierzu ist eine von allen Mitgliedern unterschriebene Vollmacht mittels einer Bewerbergemeinschaftserklärung vorzulegen. Außerdem haben sämtliche Mitglieder der BG namentlich mit Anschrift einen bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren sowie den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, diese Angaben nachzufordern. Bei der Eignungsprüfung wird die BG als Ganzes beurteilt. 6. Der Auftraggeber wird die von dem Bewerber übermittelten Informationen vertraulich behandeln und die anwendbaren Vorschriften zum Datenschutzrecht beachten. Dies gilt insbesondere für personenbezogene Informationen, die im Zusammenhang mit der Angabe von Referenzen an den Auftraggeber weitergegeben werden. 7. Verfahrensablauf: Anhand der im Teilnahmewettbewerb eingereichten Unterlagen und den dort festgelegten Auswahlkriterien wählt der Auftraggeber die aus seiner Sicht geeignetsten Bewerber aus und fordert diese zur Abgabe von Erstangeboten auf. Gegenstand der Angebotsaufforderung ist insbesondere der ausformulierte, mit dem obsiegenden Bieter zu schließende Vertrag. Die Bieter haben die Möglichkeit, frühzeitig noch während der Angebotsphase auf etwaige K.O.-Kriterien hinzuweisen. Mit dem Angebot dürfen die Bieter Optimierungsvorschläge einreichen. Der Auftraggeber behält sich vor, mit den Bietern Verhandlungen über das Erstangebot zu führen. In diesem Fall übersendet der Auftraggeber den Bietern die ggf. angepassten Vergabeunterlagen, die dem zweiten Angebot zugrunde zu legen sind. Der Auftraggeber behält sich vor, nach Angebotsabgabe Wertungsgespräche durchzuführen. Der Auftraggeber prüft und bewertet die verbindlichen Angebote nach Maßgabe der mitgeteilten Zuschlagskriterien. 8. Der Auftraggeber wird den Vorgaben in § 41 VgV dadurch nachkommen, dass er in dieser Bekanntmachung die wesentlichen Eckpunkte und Besonderheiten der zu erbringenden Leistung skizziert. Da der Auftraggeber ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durchführt, erfüllt dies die Anforderungen des § 41 VgV. Der Auftraggeber behält sich vor, die konkreten Anforderungen an die Leistung mit den Bietern gemeinsam im Rahmen eines dynamischen Prozesses zu konkretisieren. 9. Bewerber sollten die auf der in Ziff. 5.1.11 genannten Website hinterlegten Vordrucke für ihre nach der Bekanntmachung erforderlichen Eigenerklärungen verwenden. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Unterlagen gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Auf die Nachforderung besteht kein Rechtsanspruch. 10. Wenn und soweit sich der Bewerber auf die Eignung eines anderen Unternehmens beruft, ist mit dem Teilnahmeantrag insbesondere eine Verpflichtungserklärung des eignungsverleihenden Unternehmens einzureichen, dass dieses seine Ressourcen und Kapazitäten dem Bewerber im Auftragsfall zur Verfügung stellt, sowie die erforderlichen Referenzen und/oder Nachweise. 11. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der Erstangebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben. 12. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass bereits im Vorfeld ein Unternehmen mit den Beratungsleistungen für die Werkstatt beauftragt war. Diese Arbeitsergebnisse bilden die Grundlage für die weitere Planung und werden allen Bewerbern, soweit die Planungsunterlagen bereits vorliegen, über die in Ziffer 5.1.11 genannte Website

zur Verfügung gestellt. Hierdurch stellt der Auftraggeber sicher, dass der Wettbewerb durch eine etwaige Teilnahme eines vermeintlich vorbefassten Unternehmens nicht verzerrt wird (vgl. § 7 Abs. 1 und 2 VgV).

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei BG jedes Mitglied): a) Formlose Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass keine Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123, 124 GWB vorliegen bzw. erfolgreiche Selbstreinigungsmaßnahmen im Sinne des § 125 GWB durchgeführt worden sind. b) Eigenerklärung Russland-Sanktionen nach Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833 /2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage der Ukraine destabilisieren. c) Bewerbergemeinschaften sollen zusätzlich eine Erklärung abgeben, aus der hervorgeht, dass kein Verstoß gegen das Kartellrecht vorliegt, und dass keine unzulässigen wettbewerbsbeschränkenden Absprachen getroffen wurden.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber (bei BG mindestens ein Mitglied) eine Eigenerklärung vorlegen, in der der Bewerber erklärt, ob und wie (Nachunternehmer /Zusammenschluss als BG) er im Auftragsfall mit anderen Unternehmen kooperieren will und welches Unternehmen welche Leistungs- und/oder Teilleistungsbereiche im Auftragsfall erbringen wird.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber (bei BG jedes Mitglied) eine Eigenerklärung über die Umsätze (netto) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2023, 2024, 2025) vorlegen. Daraus sollte sich ergeben, dass der Bewerber in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jeweils einen jährlichen Umsatz von 700.000,00 EUR (netto) erwirtschaftet hat. Sofern die Umsätze für das Jahr 2025 noch nicht vorliegen, sollen die Bewerber die Umsätze des Jahres 2022 angeben.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber (bei BG mindestens ein Mitglied) eine Eigenerklärung vorlegen, aus der hervorgeht, dass der Bewerber eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3 Mio. EUR für Personenschäden und mindestens 5 Mio. EUR für sonstige Schäden, jeweils pro Schadensfall, unterhält oder im Falle der Auftragserteilung abschließen wird.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber (bei BG jedes Mitglied) eine formlose Eigenerklärung über die Anzahl der in den letzten bis zu drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025) durchschnittlich jährlich beschäftigten Arbeitskräfte angeben. Daraus sollte sich ergeben, dass in den letzten 3 abgeschlossenen

Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025) 3 technische Fachkräfte (inkl. akademischer Abschluss und Berufserfahrung; keine Auszubildenden oder Praktikanten) als Projektleiter bzw. Projektmitarbeitender beschäftigt wurden.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber (bei BG von jedem Mitglied) Referenzprojekte einreichen, die seit dem 01.01.2018 erfolgreich abgeschlossen wurden und in Art und Umfang mit den hier ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind. Vergleichbar sind Leistungen der Werkstattplanung, möglichst der LPH 2 - 9 HOAI. Die Referenzen sollen möglichst folgende Angaben enthalten: 1. Auftraggeber (mit Angabe eines Ansprechpartners) 2. Konkret vom Bewerber erbrachte Leistungen 3. Leistungszeitraum 4. Größe des Bauwerks (BGF) 5. Baukosten (KG 300 - 400 in EUR netto) Für jede Referenz sollen die Bewerber eine Kurzbeschreibung beifügen. Der Auftraggeber wird insbesondere die 2 aus seiner Sicht am besten geeigneten Referenzen berücksichtigen. Bei den vorgenannten Kriterien handelt es sich um keine Mindestanforderungen. Der Auftraggeber wird die Referenzen gemäß Ziffer 2.1.4 im Rahmen des Rankings berücksichtigen. Sofern erforderlich, um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird der Auftraggeber auch einschlägige Referenzen berücksichtigen, die vor dem 01.01.2018 abgeschlossen wurden.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Vorläufiges Kriterium (auch bezüglich Gewichtung). Details werden nach dem Teilnahmewettbewerb bekanntgegeben

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualifikation des Projektteams

Beschreibung: Qualifikation des Projektteams - vorläufiges Kriterium (auch bezüglich Gewichtung). Details werden nach dem Teilnahmewettbewerb bekanntgegeben.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YVCMBP0/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YVCMBP0>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YVCMBP0>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 26/02/2026 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen im Rahmen des § 56 VgV nachzufordern. Hierauf besteht kein Rechtsanspruch.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Bedingungen für die Ausführung des Auftrags ergeben sich aus der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Verfahren für Verstöße gegen diese Vergabe richtet sich nach den Vorschriften der §§ 160 ff. des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf die §§ 160 ff. GWB verwiesen. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass der Nachprüfungsantrag gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist. Vergabeverstöße sind nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB vor Einreichen des Nachprüfungsantrags innerhalb von 10 Kalendertagen, nachdem der Bieter den Verstoß erkannt hat, beim Auftraggeber zu rügen. Vergabeverstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind darüber hinaus gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist nach Ziffer 5.1.12) bei dem Auftraggeber zu rügen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: ProWST Projektgesellschaft Württembergische Staatstheater Stuttgart GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: ProWST Projektgesellschaft Württembergische Staatstheater Stuttgart GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: ProWST Projektgesellschaft Württembergische Staatstheater Stuttgart GmbH

Registrierungsnummer: DE361597270
Postanschrift: Königsbau Passagen, Friedrichstraße 45
Stadt: Stuttgart
Postleitzahl: 70174
Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)
Land: Deutschland
E-Mail: kontakt@prowst.de
Telefon: +49 711 826508 0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Geschäftsstelle Vergabekammer Baden-Württemberg

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: 07219268730

Fax: 07219263985

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: cb6557a0-eba7-477b-9384-f75c494316f8 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 10/02/2026 17:48:12 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 103210-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 30/2026

Datum der Veröffentlichung: 12/02/2026